

Katastrophe im Ahrtal

Fehlende Akten zur Flut: Innenministerium gesteht Fehler ein

14. Dezember 2022 um 16:25 Uhr | Lesedauer: 3 Minuten



Juli 2021: Meterhoch türmen sich wenige Tage nach der Flutkatastrophe Wohnwagen, Gastanks, Bäume und Schrott an einer Brücke über die Ahr in Altenahr-Kreuzberg (Luftaufnahme mit einer Drohne). Foto: dpa/Boris Roessler

Mainz. Das Innenministerium hat Fehler bei der Aktenlieferung an den U-Ausschuss zur Flut gemacht. Zu diesem Ergebnis kommt die interne Revision im Ministerium. Eine Vertuschung soll es aber nicht gegeben haben. Dabei hat der Revisor diese Frage gar nicht systematisch untersucht.

Von Sebastian Stein

Über Monate hinweg fehlten dem Untersuchungsausschuss wichtige Akten zur Aufarbeitung der Flutkatastrophe. Dazu zählen die Hubschraubervideos aus dem Ahrtal in der Flutnacht und Lageberichte. Polizei und Innenministerium hatten diese nicht geliefert. Weil sie für die Aufklärung derart brisant waren, kam der Verdacht der Vertuschung von Beweismaterial auf. Nach dem Rücktritt von Roger Lewentz hatte der neue rheinland-pfälzische Innenminister Michael Ebling (SPD) deshalb einen internen Revisor beauftragt, die Sache zu spät gelieferte Akten aufzuklären. Sein Abschlussbericht liegt nun vor und wurde am Mittwoch in Mainz vorgestellt.

Der Revisor Christian Seel, Richter und ehemaliger Innenstaatssekretär (CDU) aus dem Saarland, kommt zum Ergebnis, dass im Innenministerium Fehler passiert sind. „Die Aktenaufbereitung im Lagezentrum des Innenministeriums war nicht gut“, sagte Seel. Das sei aber auch eine „Herkulesaufgabe“ gewesen. „Defizite“ erkannte Seel etwa im Gegensatz zu anderen Polizeistellen:

Das Innenministerium hatte etwa keine eigenen Mitarbeiter für die Aktenaufbereitung freigestellt. Zudem hätten einzelne Polizisten selbst entschieden, ob bestimmte Dokumente als relevant oder nicht relevant für die Aufklärungsarbeit gewesen seien, erklärte Seel als eine Ursache für die Nicht-Vorlage bestimmter Akten. Zudem seien Dinge falsch in E-Mail-Unterordnern abgelegt und dadurch übersehen worden.

Nach Ansicht des Revisors sollen nun alle Akten mit einem „verlässlichen Maß an Sicherheit“ vorliegen. Die Polizei und das Innenministerium hätten das schlüssig dargelegt. Es sei aber „unseriös“ auszuschließen, dass es nicht noch irgendwo weiteres Material gebe. Bei der Revision seien die Akten nun noch einmal aufbereitet und mit einem strengeren Maßstab bewertet worden. Damit erkläre sich teilweise auch die große Zahl bei der Nachlieferung in den vergangenen Wochen.



Revisor Christian Seel (rechts), und Innenminister Michael Ebling (SPD) haben am Mittwoch in Mainz den Abschlussbericht zur zu späten Lieferung von Akten an den Untersuchungsausschuss vorgestellt. Foto: dpa/Hannes P Albert

Vorwurf der Vertuschung: Das sagt der Revisor

Als weiteres Ergebnis der Revision hatte Seel zusammen mit dem Innenminister auch den Vorwurf der Vertuschung entkräften wollen. Ein Hinweis auf vorsätzliche Nichtvorlage bestimmter Dokumente sei nicht erkennbar gewesen, sagte Seel. Die Frage der Vertuschung scheint bei der Revision jedoch nur am Rande behandelt worden zu sein. Als Argument gegen die Vertuschung nannte Seel, dass Gespräche mit den Polizisten keine Anhaltspunkte geliefert hätten. Eine systematische Befragung oder Untersuchung erfolgte nicht. „Wir haben mit den Leuten gesprochen und haben uns ein Bild davon gemacht“, erklärte der Revisor.

LESEN SIE AUCH



Lange unveröffentlicht

Flutkatastrophe im Ahrtal: Diese Videos filmte ein Polizei-Hubschrauber in der Nacht

Innenminister Michael Ebling (SPD) kam dennoch zu dem Schluss, dass der Vorwurf der Vertuschung nun „entkräftet“ sei. „Es hat Fehler gegeben und wir nennen sie heute hier“, sagte er. Mit Roger Lewentz habe es auch jemanden gegeben, der dafür die Verantwortung übernommen habe.

Der Frage nach personellen Konsequenzen aus den Fehlern im Ministerium wich Ebling am Mittwoch aus. Man sei noch nicht am „Endpunkt der Aufarbeitung“, weil Staatsanwaltschaft und Untersuchungsausschuss ihre Arbeit nicht abgeschlossen hätten.

Der Revisionsbericht empfiehlt indes eine „strukturierte Einsatznachbereitung“ aufgrund der widersprüchlichen Lagebeurteilungen in der Flutnacht. Der derzeitige Trierer Polizeipräsident und künftige oberste Polizist des Landes, Friedel Durben, soll die Ergebnisse aufarbeiten und Lehren für die Zukunft ziehen.